

OPEN – Offene Jugendarbeit und politische Bildung gemeinsam engagiert

Ein Projekt der *Transferstelle politische Bildung / Transfer für Bildung (TfB) e.V.*
(2021-2023)

<https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/open/>

Die Akteur*innen

Partnerschaften, bestehend aus je einer Einrichtung der **Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA)** und der **außerschulischen politischen Jugendbildung** in Nordrhein-Westfalen, bringen ihre Stärken zusammen, um neue Wege für eine dauerhafte konstruktive Zusammenarbeit zu erproben.

Jugendliche sind von Beginn an maßgeblich beteiligt, ihre (politische) Interessen und Themen stehen im Fokus. Die **Transferstelle politische Bildung** von *Transfer für Bildung (TfB) e.V.* berät und begleitet die Partnerschaften bei Planung und Entwicklung, dokumentiert Prozesse und Ergebnisse. Als landes- und bundesweit gut vernetzte Plattform bringt die *Transferstelle* darüber hinaus Erkenntnisse aus dem Projekt in den praxisfeldübergreifenden Fachdiskurs und den politischen Diskurs ein.

Perspektivwechsel anregen

Man muss Jugendliche nicht für Politik interessieren, sie sind es schon. Im Projekt OPEN soll die politische Dimension in Alltagsthemen, vor allem sogenannter benachteiligter oder als bildungsfern stigmatisierter Jugendlicher, die sich selbst nicht als politisch denkend, bedeutend oder wirkmächtig erfahren, identifiziert werden und Raum und Resonanz erhalten.

Vielfalt politischer Bildung stärken

Politische Jugendbildung und andere Felder der Jugendarbeit kennzeichnen unterschiedliche Grund- und Rahmenbedingungen. Sie können genutzt werden, um gemeinsam vielfältige Bildungsgelegenheiten zu erkennen und neue zu gestalten. Feldübergreifende Kooperationen sind daher eine wertvolle Ressource für die außerschulische politische Bildung mit jungen Menschen, von der alle Seiten profitieren.

Starke Unterstützer*innen suchen

Die *Transferstelle politische Bildung* ist landes- und bundesweit gut vernetzt. Sie kann Impulse für Allianzen setzen und bspw. Multiplikator*innen und Entscheidungsträger*innen einbeziehen, um auch auf Politik- und Verwaltungsebene Verständnis für die Vorteile von Kooperationen sowie die Notwendigkeit (neuer) förderlicher Bedingungen zu erwirken.